



Dr. Jens Weidmann
Präsident
der Deutschen Bundesbank

Tischrede

beim 8. Charity Dinner zugunsten der Spendenkampagne
„Raum der Namen 60 x 6.000“
in Berlin
am 29. Oktober 2013

Inhalt

1 Begrüßung

Sehr geehrte Frau Rosh,
sehr verehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen sehr herzlich für die Einladung. Es ist eine große Ehre für mich, beim heutigen Charity Dinner für den „Raum der Namen“ die Tischrede zu halten.

2 Geschichte und Verantwortung

Vor wenigen Wochen ist Marcel Reich-Ranicki im Alter von 93 Jahren verstorben. Ich habe Marcel Reich-Ranicki immer für seine intellektuelle Klarheit und – ich gebe es zu – auch für seine ausgeprägte Diskussionsfreude bewundert. Besonders wird er uns allen aber als Zeitzeuge für die Judenverfolgung im Dritten Reich in Erinnerung bleiben.

Am 27. Januar 2012 hielt er im Deutschen Bundestag eine bewegende Rede über das Warschauer Ghetto. Am Ende seiner Rede sagte er:

„Die in den Vormittagsstunden des 22. Juli 1942 begonnene Deportation der Juden aus Warschau nach Treblinka dauerte bis Mitte September. Was die ‚Umsiedlung‘ der Juden genannt wurde, war bloß eine Aussiedlung – die Aussiedlung aus Warschau. Sie hatte nur ein Ziel, sie hatte nur einen Zweck: den Tod.“

Marcel Reich-Ranicki hatte großes Glück. Er überlebte die Deportation der Juden aus Warschau nach Treblinka um mehr als 70 Jahre. Doch nach seinem Tod gibt es einen Zeitzeugen weniger.

In wenigen Jahren wird es keine Zeitzeugen mehr geben, die von den Gräueltaten der Nationalsozialisten aus eigenem Erleben berichten können. Umso wichtiger ist es für die Nachgeborenen, die Erinnerung an das Unfassbare aufrechtzuerhalten, Leugnern und Verharmlosern entgegenzutreten, die Verantwortung anzumahnen, die die heutige Generation für die Gegenwart und die Zukunft trägt.

Genau hierzu trägt das Holocaust-Denkmal bei. Es ist, hier mitten in Berlin, ein riesiger „Stolperstein“, oder besser ein Feld von Stolpersteinen. Es bringt auch solche Menschen zum Nachdenken und Innehalten, die sich mit dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte nur widerstrebend beschäftigen.

Zusammen mit dem „Ort der Information“ regt es aber auch zur inhaltlichen Auseinandersetzung an. Der „Raum der Namen“ ist als Teil davon ein besonders beeindruckender und gleichzeitig bedrückender Ort.

In diesem Raum wird deutlich, dass hinter jedem der sechs Millionen getöteten Juden ein Einzelschicksal steht. Hier wird Menschen, denen alles genommen und schlimmstes Leid zugefügt wurde, ein kleines Stück ihrer Würde zurückgegeben. Menschen, die noch nicht einmal ein Grab haben, wird wenigstens ihr Name, ein Teil ihrer Identität, zurückgegeben. Das klingt nach wenig und ist doch viel.

Sie alle unterstützen dieses aufwändige Unterfangen – finanziell und ideell.

Indem wir die Erinnerung an die Nazizeit aufrechterhalten, tragen wir auch dazu bei, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit in der Gegenwart einzudämmen. Öffentliche Institutionen, zu denen auch die Zentralbanken gehören, tragen hierbei eine besondere Verantwortung.

Ein aktuelles Beispiel liefert die Europäische Zentralbank, die derzeit auf dem Gelände der ehemaligen Großmarkthalle in Frankfurt ihr neues Verwaltungsgebäude baut. Die Großmarkthalle war von 1941 bis 1945 Sammelpunkt für die Deportation von mehr als 10.000 Juden aus Frankfurt und Umgebung. Am Bahnhof der Halle mussten sie Güterwaggons besteigen, die sie an Orte der Vernichtung brachten.

Nach den Plänen der EZB soll dort, wo „die Weichen in die Vernichtung gestellt“ wurden, eine (öffentlich zugängliche) Erinnerungsstätte entstehen. Dabei soll nicht nur an die Vorgänge von damals erinnert, sondern auch darüber informiert werden. Ein Kellerraum im Untergeschoss der Großmarkthalle, der als Sammelraum vor der Deportation genutzt wurde, und

eine zu diesem Keller führende Rampe werden bei der Sanierung der Großmarkthalle ausgespart und in ihrem jetzigen Zustand belassen.

Das Dritte Reich markiert auch ein dunkles Kapitel in der Notenbankgeschichte. Die Reichsbank war sicherlich nicht, wie es der langjährige Präsident Hjalmar Schacht nach dem Krieg behauptete, „die einzige Behörde im Dritten Reich gewesen, die sich Hitlers Politik offen widersetzt hat“. Im Gegenteil: Die Reichsbank half maßgeblich mit, die Wiederaufrüstung und später den Krieg zu finanzieren.

Der Judenverfolgung stand die Reichsbank zwar anfänglich ablehnend gegenüber; die damalige Begründung ist jedoch schwer erträglich. So hieß es in einem internen Reichsbankvermerk vom Herbst 1935: „Die verschärfte Politik gegen das Judentum wird eine neue Welle jüdischer Auswanderung und damit eine erhebliche Verschlechterung der Devisenbilanz mit sich bringen.“

3 Zur Krisenbewältigung

Die europäische Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist eine Geschichte von Krieg und Völkermord. Die beste Antwort, die der „alte Kontinent“ darauf geben konnte, war der europäische Einigungsprozess: Aus dem Kontinent, auf dem zwei Weltkriege tobten, wurde ein Kontinent des Friedens und der Achtung der Menschenwürde.

2012 erhielt die EU dafür den Friedensnobelpreis. In der Begründung des Nobel-Komitees hieß es: „Die Union und ihre Vorgänger haben über sechs

Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung beigetragen. Seit 1945 ist diese Versöhnung Wirklichkeit geworden.“

Die europäischen Völker haben sich miteinander verbunden, auf dass sie nie mehr gegeneinander Krieg führen.

Der europäische Einigungsprozess wurde vor allem über die wirtschaftliche Integration vorangetrieben. Das Leitmotiv der europäischen Integration ist aber ein zutiefst politisches: Frieden, Freiheit und Völkerverständigung.

So steckte schon hinter der Idee der Montanunion der Gedanke, dass eine gemeinsame Obergewalt über die kriegswichtige Kohle- und Stahlindustrie militärische Konflikte in Zukunft erschwere. Die Schaffung einer gemeinsamen Währung, fünf Jahrzehnte später, ist der bislang weitestgehende Schritt der wirtschaftlichen Integration Europas.

Für die Währungsunion wurden profunde wirtschaftliche Argumente ins Feld geführt. Gleichzeitig wurden von ökonomischer Seite auch Bedenken geäußert. Aber es darf nicht vergessen werden, dass der Euro von Anfang an auch ein politisches Projekt war.

Bereits im Jahr 1949 erklärte der französische Ökonom Jacques Rueff, dass das Geld den Weg zur europäischen Integration ebnet würde. Er meinte nämlich: „Europa entsteht über das Geld, oder es entsteht gar nicht.“

Die Einführung des Euro wurde im Vorfeld von vielen als Wegbereiter einer politischen Union gesehen, als Lokomotive der europäischen Integration.

Nach Ansicht von Karl Marx sind Revolutionen die „Lokomotiven der Geschichte“. Und in gewisser Weise war die Schaffung der Währungsunion ja auch eine Revolution – eine friedliche wohlgerneht; die Aufgabe der nationalen Währung stellt nämlich einen erheblichen Verlust an nationaler Souveränität dar.

Als Lokomotive der Geschichte oder Wegbereiter einer politischen Union hat sich der Euro aber nicht gezeigt – zumindest nicht bis jetzt.

Im Gegenteil: Als bedrückend empfinde ich, dass das Projekt „Währungsunion“, das politisch als Vertiefung der Völkerfreundschaft gedacht war, im Zuge der Krise auch Animositäten und gegenseitige Vorwürfe hervorgebracht hat. Die Unterschiede in den Interessen der Länder sind wieder stärker zum Vorschein getreten.

Es sollte aber nicht kleingeredet werden, dass die Länder des Euro-Raums auch große Solidarität gezeigt haben, und Solidarität erschöpft sich dabei nicht in Finanzhilfen. Und wir sollten andererseits auch die Anpassungsanstrengungen in den Krisenländern nicht kleinreden.

Das gemeinsame Interesse sowohl der Hilfe gebenden als auch der Hilfe empfangenden Länder muss darin bestehen, die Ursachen der Krise zu beseitigen. Die Ursachen der Krise im Euro-Raum sind sowohl in nationalen

Fehlentwicklungen als auch in Schwächen im Regelwerk der Währungsunion und in der Finanzmarktregulierung zu suchen.

Ich möchte Sie hier nicht über Gebühr mit ökonomischen Fachbegriffen traktieren, wie Lohnstückkosten, Leistungsbilanzdefizite oder Fehlallokation von Ressourcen. Vereinfacht formuliert kann man sagen, dass einige Länder den Anforderungen einer Währungsunion nicht gerecht wurden.

Was heißt es, „den Anforderungen einer Währungsunion gerecht zu werden“? Es heißt, die nationale Wirtschaftspolitik (Finanzpolitik, Lohnpolitik, Standortpolitik) so zu gestalten, dass auf den Einsatz geld- und währungspolitischer Instrumente verzichtet werden kann.

Denken Sie daran, dass es in Italien und auch in anderen Mitgliedsländern in den Zeiten des Europäischen Währungssystems gang und gäbe war, die nationale Währung abzuwerten, wenn sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert hatte, weil die Kosten zu stark gestiegen waren. In einer Währungsunion steht dieses Ventil eben nicht mehr zur Verfügung.

In der europäischen Währungsunion gibt es eine einheitliche Geld- und Währungspolitik für alle 17 Mitgliedstaaten. Aber jeder dieser 17 und demnächst 18 Mitgliedstaaten entscheidet selbst über seine nationale Wirtschaftspolitik und insbesondere über seine Finanzpolitik. Diese Konstellation verstärkt die ohnehin bestehende Neigung von Regierungen, Staatsausgaben durch Schulden zu finanzieren, da die Kosten zusätzlicher Verschuldung zu einem Teil auf andere Länder überwält werden können.

Natürlich wurden institutionelle Vorkehrungen getroffen, um eine übermäßige Verschuldung der Mitgliedstaaten zu verhindern – Stichwort Stabilitäts- und Wachstumspakt. Leider fehlte den sog. Fiskalregeln aber der Biss, zumal hier letztlich – wie Otmar Issing es ausgedrückt hat – „potenzielle Sünder über aktuelle Sünder“ urteilen sollen. Als die Regeln greifen sollten, wurden sie gedehnt und ausgehebelt – auch unter Mithilfe Deutschlands.

Als trügerisch erwies sich zudem die Hoffnung, dass von den Finanzmärkten eine disziplinierende Funktion ausginge. Über viele Jahre hinweg musste das hochverschuldete Griechenland kaum mehr für seine Schulden bezahlen als Deutschland oder Frankreich.

Das spricht dafür, dass die Marktakteure der in den EU-Verträgen verankerten Nichtbeistandsklausel nicht allzu viel Gewicht schenkten. Wie wir inzwischen wissen, war diese Annahme auch nicht wirklich falsch. Zu schwer wog die Sorge um mögliche Ansteckungseffekte.

Während die Gründerväter der Währungsunion die Gefahr von fiskalischen Fehlentwicklungen aber wenigstens im Blick hatten, wurden für mögliche Fehlentwicklungen auf anderen Feldern keine entsprechenden institutionellen Vorkehrungen getroffen, wie zum Beispiel die Erosion der Wettbewerbsfähigkeit oder die Übertreibungen im Finanzsektor.

Das ging eine Zeitlang gut. Mit dem Platzen der globalen Kreditblase wurden die Unzulänglichkeiten auf nationaler Ebene jedoch immer deutlicher.

Mehrere Länder des Euro-Raums gerieten im Zuge der Krise an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Für die Finanzstabilität im Euro-Raum gingen davon beträchtliche Risiken aus, zumal deutlich wurde, wie schnell sich anfällige Länder gegenseitig anstecken. Und dass eine Finanzkrise sehr schnell auch deutlich fühlbare Auswirkungen auf die reale Wirtschaft haben kann, haben wir erst vor wenigen Jahren, im Winterhalbjahr 2008/2009, gesehen.

Dank der so genannten Rettungsschirme konnte der Euro-Raum stabilisiert werden; die grundlegenden Probleme wurden damit aber nicht beseitigt. Um eine dauerhafte Stabilisierung zu erreichen, müssen die nationalen Fehlentwicklungen korrigiert und der institutionelle Rahmen der Währungsunion reformiert werden. Die Rettungsschirme in ihrer derzeitigen Ausgestaltung bringen das für diesen Rahmen so wichtige Verhältnis von Kontrolle und Haftung weiter aus dem Gleichgewicht.

Was die nationale Anpassung betrifft, so sind bereits erhebliche Fortschritte gemacht worden. Es liegt aber noch eine gehörige Wegstrecke vor den Ländern, wobei der verbleibende Anpassungsbedarf in manchen Ländern größer und in anderen kleiner ist:

Das spanische Leistungsbilanzdefizit ist von 10 % des BIP (2007) auf 1 % (2012) gesunken, das griechische von 15 % (2008) auf 3 % (2012), Irland hat den Saldo ebenfalls um mehr als 10 Prozentpunkte verbessert und mittlerweile sogar einen Leistungsbilanzüberschuss von 5 % des BIP.

Griechenland hat aus einem strukturellen Haushaltsdefizit von fast 15 % im Jahr 2009 einen strukturellen Haushaltüberschuss von 2 % gemacht. Um die

hohe Staatsverschuldung auf ein tragfähiges Niveau zu reduzieren, muss das Land freilich noch viele Jahre Überschüsse erzielen. Spanien hat sein strukturelles Defizit fast halbiert, von 8 ½ % auf 4 ½ %, Portugal etwas mehr als halbiert, von 8 ½ % auf 3 ½ %.

Von den Verlusten an Wettbewerbsfähigkeit, die (gemessen an den Deflatoren des Gesamtabsatzes) seit Beginn der Währungsunion aufgelaufen waren, hat Irland etwa drei Viertel wieder wettgemacht, Portugal und Griechenland gut ein Drittel, Spanien knapp ein Viertel und Italien noch gar nichts.

Diese Anpassungsmaßnahmen sind zweifelsohne mit Härten verbunden, aber sie sind unausweichlich und am Ende zahlen sie sich aus. Nicht zuletzt Deutschland kann hier als Beleg dienen, das sich vom – Originalton Economist – „kranken Mann Europas“ zum „Stabilitätsanker im Euro-Raum“ entwickelt hat.

Mit den Finanzhilfen aus den Rettungsschirmen und der Liquiditätsbereitstellung durch das Eurosystem werden die Anpassungswirkungen in den betroffenen Ländern spürbar abgefedert. Ohne die Hilfen müssten sich die Länder sehr viel schneller anpassen.

Die Einrichtung eines dauerhaften Euro-Rettungsschirms gehört zu den institutionellen Konsequenzen, die mittlerweile gezogen wurden. Um das Prinzip der Eigenverantwortung aber nicht zu unterlaufen, sollte der Rettungsschirm nur als Ultima Ratio eingesetzt werden und die Ausgestaltung sollte entsprechend sein.

Die Verschuldungsregeln wurden verschärft und die wirtschaftspolitische Koordinierung verstärkt. Hier kommt es allerdings darauf an, dass die geänderten Regeln auch gelebt werden und nicht nur auf dem Papier stehen.

Das aktuelle Großprojekt ist die Schaffung einer europäischen Bankenunion. Denn die Krise hat gezeigt, dass das Finanzsystem quasi die Achillesferse der Währungsunion ist.

Viele Staaten sind hoch verschuldet und darauf angewiesen, auslaufende Kredite durch neue Kredite abzulösen. Gläubiger sind oftmals die heimischen Banken, die häufig in den von der Krise besonders betroffenen Ländern verstärkt die eigenen Staaten finanziert haben. Unsicherheit über die Solidität der Staatsfinanzen belastet somit das Bankensystem.

Umgekehrt sind aber auch Probleme bei den Banken eine Bürde für die öffentlichen Haushalte, wenn Kreditinstitute mit öffentlichen Mitteln gestützt werden müssen.

Diese Wechselwirkungen können sich hochschaukeln, die Krise verstärken und Staaten bis an den Rand der Zahlungsunfähigkeit drängen, wie sich im Krisenverlauf gezeigt hat. Mit einer gemeinsamen Bankenaufsicht und einem Mechanismus zur Abwicklung von Problembanken kann diese Verwundbarkeit verringert werden.

Allerdings besteht die Gefahr, dass die Bankenunion zu einer Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken führt, ohne dass entsprechende europäische Kontrollrechte bestehen.

Wenn der Teufelskreis zwischen wankenden Staaten und strauchelnden Banken also nicht nur von der nationalen auf die europäische Ebene gehoben werden soll, muss die Bankenunion auch regulatorisch flankiert werden. Die Haftungsübernahme durch die Staatengemeinschaft muss so lange eng begrenzt werden, wie die nationalen Politiken über die Qualität der Bankbilanzen mitbestimmen.

Bis auf Weiteres ungeklärt bleibt indessen die Frage, wo die Reise eigentlich hingehen soll. Soll der bestehende Rahmen der Währungsunion, der im Grundsatz (jenseits der Geldpolitik) nationale Eigenverantwortung vorsieht, beibehalten werden? Oder soll eine neue Integrationsstufe erklimmen werden? Um das Bild noch einmal aufzugreifen: Soll die Lokomotive Währungsunion auf das Gleis in Richtung politische Union gesetzt werden?

Diese Fragen sind von der Politik und letztlich von den Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten. Für mich als EZB-Ratsmitglied ist dabei entscheidend, dass der Rahmen in sich schlüssig ist und die Fähigkeit der Geldpolitik, für stabiles Geld zu sorgen, nicht gefährdet wird.

Eine Währungsunion kann auch ohne politische Union dauerhaft funktionieren, dafür müssen aber die Rahmenbedingungen stimmen. Dem Prinzip der nationalen Eigenverantwortung muss dann eine gestärkte Rolle zukommen:

Wenn die Mitgliedstaaten in der Wahl ihrer Politiken weitgehend souverän bleiben wollen, müssen sie für ihre Entscheidungen auch haften.

Entscheidend ist letztlich, dass Haftung und Kontrolle zwei Seiten einer Medaille sein müssen. Deshalb muss die Abwicklung von Banken möglich sein, ohne dass das Finanzsystem dadurch ins Wanken gerät.

Eine Ausweitung von Gemeinschaftshaftung würde zentrale Eingriffs- und Kontrollrechte voraussetzen. Solange die Bereitschaft dazu fehlt, sollte gemeinsame Haftung nicht ausgeweitet werden.

Das Eurosystem – also die EZB und die nationalen Zentralbanken des Euro-Raums – hat im Laufe der Krise einen erheblichen Beitrag geleistet, um ihre Eskalation zu verhindern. Und das ist auch richtig so.

Gefährlich wird es für die Geldpolitik aber, wenn sie sich für finanzpolitische Zwecke einspannen lässt. Unsere Hauptaufgabe ist die Sicherung der Geldwertstabilität.

Unsere Aufgabe ist es nicht, finanziell klammen Mitgliedstaaten unter die Arme zu greifen. Wenn wir das machen, gefährden wir unser Stabilitätsziel. Im Übrigen haben wir auch gar nicht die demokratische Legitimation dazu, Risiken zwischen den europäischen Steuerzahlern umzuverteilen. Wir sind keine Nebenregierung.

Die Erklärung dafür, dass sich in der Krise alle Blicke erwartungsvoll auf das Eurosystem richteten, liegt zum einen darin, dass Zentralbanken unbegrenzt Geld schaffen können, während die Regierungen zusätzliches Geld entweder bei den Steuerzahlern eintreiben oder sich am Kapitalmarkt leihen müssen.

Unbegrenzte Geldschöpfungsmöglichkeit klingt im ersten Moment sehr attraktiv, ist aber brandgefährlich. Wenn das Geld in einer Volkswirtschaft dauerhaft schneller wächst als das reale Sozialprodukt, kann es zu Inflation kommen. Wenn die Notenbank der Erfüllungsgehilfe der Finanzpolitik ist, wird sich das auf Dauer in Geldentwertung niederschlagen – zumal der Appetit auf zusätzliche staatliche Ausgaben allgegenwärtig ist.

Ein Mechanismus, den übrigens Goethe schon in seinem Faust II anschaulich beschrieben hat.

Die andere Erklärung dafür, dass die Politik in der Krise auf das Eurosystem hoffte, liegt darin, dass das Eurosystem unabhängig ist. Die geldpolitischen Entscheidungen unterliegen keiner parlamentarischen Kontrolle. Diese Unabhängigkeit ist aber einzig und allein mit dem Ziel der Preisstabilität zu rechtfertigen: Unabhängige Notenbanken können besser für stabiles Geld sorgen als gelenkte. Wird die Unabhängigkeit aber zu anderen Zwecken „missbraucht“, wird sie zunehmend in Frage gestellt werden. Denn im Grundsatz sind unabhängige politische Institutionen ein Fremdkörper in der Demokratie und nur durch ein enges Mandat zu rechtfertigen.

Meine kritische Haltung zu einzelnen Maßnahmen des Eurosystems ist kein Geheimnis. Dafür habe ich Unterstützung erfahren, aber auch Kritik anhören müssen.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Ich bin für den Euro. Aber ich setze mich mit Nachdruck dafür ein, dass es ein stabiler Euro bleibt.

Uns Deutschen wird ja häufig nachgesagt, wir hätten ein Inflationstrauma. Richtig ist, dass die Deutschen im vergangenen Jahrhundert zweimal ihr Geld verloren haben. Insbesondere die Hyperinflation von 1923 hat sich ins kollektive Gedächtnis gebrannt, ähnlich wie in den USA die große Depression Anfang der 30er Jahre.

Nach der Währungsreform von 1948 lernten die Deutschen die Vorzüge einer stabilen Währung besonders schätzen. Die D-Mark gehörte mit dem Schweizer Franken zu den stabilsten Währungen ihrer Zeit. Beides, die schlechten Erfahrungen und die guten, haben zu der ausgeprägten Stabilitätskultur in Deutschland beigetragen, die wir auch in die Währungsunion eingebracht haben.

Auch der Euro war in seinen ersten 15 Jahren eine ausgesprochen stabile Währung. Im Durchschnitt lag die Teuerung bei 2 %. Und das soll auch so bleiben.

So wie die Gründung der Währungsunion nicht nur ein wirtschaftliches Projekt, sondern auch ein politisches Projekt war, ist auch die Überwindung der Krise

nicht allein eine ökonomische Aufgabe. Die Krise muss auch deshalb überwunden werden, weil sie auf Dauer die Völkerfreundschaft und das Zusammenwachsen der Völker belastet.

4 Schlussgedanke

Meine Damen und Herren,

die Schriftstellerin Mary de Rachewiltz hat einmal gesagt, Geld sei der „obszöne Doppelgänger des dichterischen Worts“.

Ihre Begründung: Geld sei ähnlich wie das Dichterwort aus dem Nichts geschaffen, Wortökonomie und Geldökonomie wären auf Maß und Effizienz angewiesen und tendierten doch dazu zu wuchern.

Als Notenbanker verstehe ich etwas mehr von der Geldökonomie als von Lyrik, aber so viel habe ich verstanden: Zu viele Worte können genauso inflationär wirken wie zu viel Geld. Ich möchte deshalb allmählich zum Ende kommen.

Gestatten Sie mir einen letzten Gedanken.

Deutschland hat ein großes Interesse daran, den Euro als stabile Währung zu erhalten. Zugleich ist Deutschland der Stabilitätsanker der Währungsunion.

Um dieser Rolle dauerhaft gerecht werden zu können, muss unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhalten werden.

Zu den großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte gehört der demographische Wandel. Um diese Herausforderung zu meistern, braucht Deutschland neben erwerbsfreundlichen Rahmenbedingungen und ausreichender Flexibilität auch Zuwanderung.

Dazu muss Deutschland ein weltoffenes Land sein, ein Land, das neue Mitbürgerinnen und Mitbürger willkommen heißt und ihnen faire Chancen bietet. So dass sie am Ende wie Marcel Reich-Ranicki sagen können: „Ich habe die Entscheidung nie bedauert, mich in diesem Land niederzulassen.“

Vielen Dank.

* * *